

Walter Koschmal (Hg.)

# Die Ukraine hat das Wort

Stimmen zu Gegenwart und Zukunft



OEZ  
Berlin VERLAG

# Die Ukraine hat das Wort

Stimmen zu Gegenwart und Zukunft

Herausgegeben von Walter Koschmal (Regensburg)  
unter Mitarbeit von Lidija Hnatjuk (Kiew) und  
Oleksandr Iwanow (Kiew)

Vorwort von Andreas Umland (Kiew)

Eine Kooperation des Europaeum der Universität Regensburg  
und  
der Taras-Schewtschenko-Universität Kiew



OsteuropaZentrum Berlin-Verlag

<i>Anna Posdnjakowa (Charkiw)</i>	
Die notwendige Balance im gemeinsamen Raum.....	78
<i>Moritz Rudolph (Ohrdruf, Thüringen)</i>	
Wohin gehört die Ukraine? .....	89
<i>Roman Powsyk (Poltawa)</i>	
Die baltischen Staaten als ‚Lehrer‘ der Ukraine .....	97
<i>Ihor Kondratjew (Tschernihiw)</i>	
Eine dritte Chance? .....	104
<b>Politik und Gesellschaft .....</b>	<b>113</b>
<i>Oleh Peretjaka (Luhansk)</i>	
Der Maidan öffnete uns eine neue Welt.....	115
<i>Christoph Schnellbach (München)</i>	
Die europäischen Optionen der Ukraine im Spannungsverhältnis zwischen Euromaidan und Realpolitik .....	128
<i>Viktor Weber (Oxford)</i>	
Als Europa schlief – Geopolitik zwischen Russland und den USA.....	136
<i>Taras Masur (Kiew)</i>	
Die Ukraine in der Welt .....	143
<i>Askold Jerjomin (Lwiw)</i>	
Ukrainische Zweifel an westlicher Entschlossenheit.....	150
<i>Mykola Bjeljeskow (Kiew)</i>	
Ein Zukunftsmodell. Theorie und Praxis im Dreieck EU – Ukraine – Russland.....	159
<i>Switlana Romaschko (Kiew)</i>	
Stern Ji-937 entdeckt.....	167
<i>Wassyl Tomyń (Ternopil)</i>	
Die ukrainische Brücke und ihre Pfeiler .....	175

## Ihor Kondratjew (Tschernihiw)

### Eine dritte Chance?

Schon wieder steht die Ukraine vor einer ‚Wahl‘ – und schon wieder auf der Kreuzung einer ‚großen Politik‘. Nur ganz wenige Länder schafften es, in weniger als einem Vierteljahrhundert dreimal an einem Scheideweg zu stehen – es ist fast unglaublich, aber wahr.

Ihre erste Chance, ein wirklich gut entwickeltes und unabhängiges Land zu werden, bekam die Ukraine 1991. Es ist schwer zu sagen, was die Ukraine damals hinderte, diese Chance wahrzunehmen: das Fehlen einer bürgerlichen Gesellschaft, mangelnde Reformererfahrung oder die Unfähigkeit der damaligen Elite, Reformen durchzuführen. Eine zweite Chance erkämpften sich die Ukrainer mit der Revolution 2004, aber diese Chance wurde durch dieselbe Elite ebenfalls stümperhaft vertan, weil sie in dieser Revolution kein leidenschaftliches und zielorientiertes Handeln zeigten, keine Bereitschaft, sich zu opfern.

Und nun haben wir unsere dritte Chance bekommen. Was diesen Versuch von den anderen beiden unterscheidet: Er ist mit dem Blut der auf dem Maidan und während des russisch-ukrainischen Krieges Gefallenen verbunden. Werden wir in der Lage sein, diese dritte Chance wahrzunehmen? Lassen Sie uns ein bisschen träumen...

„Nach Janukowitschs Flucht und der Ernennung eines Interimspräsidenten stand vor der neuen Führung des Landes die Aufgabe einer sofortigen Durchführung notwendiger Refor-

men. In Erfüllung der Forderungen des Maidan wurden zunächst das Gesetz „Über die Säuberung und Stabilisierung des Gerichtssystems“ sowie das Gesetz „Über eine zeitweilige Versorgung der Miliz, der Staatsanwaltschaft sowie der Geheimdienste und der Armee mit Personal“ angenommen. Obwohl die Venedig-Kommission später darauf hinwies, dass einige Punkte der beschlossenen Gesetze der damaligen Verfassung der Ukraine widersprachen, zeigte der weitere Verlauf die Rechtmäßigkeit und Notwendigkeit ihrer Verabschiedung.

Noch Ende Februar nahm die Kommission „Reformen für die Zukunft“ ihre Arbeit auf. Sie wurde zu einer Plattform für die Vorbereitung der wichtigsten Änderungen im Land, und für die Arbeit in dieser Kommission konnten die besten Fachleute gewonnen werden. Große Hilfe für die Ukraine leisteten ihre georgischen Freunde. Zweifelsohne wurden die Gerichtsreform und die Reform der Staatsanwaltschaft besonders bekannt. 90 Prozent der Mitarbeiter wurden ausgetauscht, tausende Stellen von Richtern und Staatsanwälten wurden von jungen Universitätsabsolventen besetzt. Auf die Schlüsselposten kamen „Jungs und Mädchen aus Harvard“, obwohl nur drei von ihnen ein Abschlusszeugnis dieser Universität vorweisen konnten.

Zu einem der ersten Fälle, der die Unumkehrbarkeit und Richtigkeit dieser Reformen bewies, wurde der „Steinkohleprozess“. Dort konnte ein Knäuel von Betrugereien im Zusammenhang mit staatlichen Steinkohlesubventionen entflochten werden. Für die Veruntreuung von Staatsgeldern in einem besonders großen Umfang wurden tausende Beamte sowie Geschäftsführer und Bergwerkseigentümer verurteilt.

Ein anderer, nicht weniger bekannter Fall war der Prozess gegen die „Tituschki“<sup>3</sup>. Insgesamt waren einige tausend Männer von diesem Verfahren betroffen. Die Ermittlungen konnten die Gründung gesetzeswidriger, bewaffneter Gruppierungen nachweisen. Die einflussreichsten Gruppen dieser organisierten Kriminalität konnten in sieben Gebieten des Landes faktisch liquidiert werden.

Zum schwierigsten Test für die neue Macht wurde die Lösung der sogenannten „Krimkrise“. Noch am 27. Februar wurde auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine der Beschluss „Über die dringendsten Maßnahmen für die Wiederherstellung der Verfassungsordnung in der Autonomen Republik Krim“ und ein Appell an die Staaten, die das Budapester Memorandum unterschrieben hatten, verfasst. Sehr schnell wurde daraufhin eine Sitzung der UN-Vollversammlung einberufen, bei der die USA und Großbritannien deutlich ihre Unterstützung für die Ukraine äußerten. Die Krim wurde von den Ländern, die die Einhaltung des Budapester Abkommens garantiert hatten, in Verwaltungszonen eingeteilt, wobei Russland lediglich die Kontrolle über Sewastopol bekam.

Eine sehr wichtige Rolle spielte der mutige Widerstand der Angehörigen einer Sondereinheit aus Schytomyr, denen es gelang, die Arbeit der Fährenanlegestelle von Kertsch und damit auch den Einmarsch der „grünen Männchen“ zu stoppen. Der küstennahe Bereich wurde sehr schnell durch Minensuchboote der NATO-Länder, die an dieser Friedensmission teilnahmen, vermint. Von März bis Mai wurden die Anführer der Separatisten

<sup>3</sup> Bezahlte Schlägertrupps, die aus sportlichen jungen Männern bestehen

in Donezk und Luhansk festgenommen, und durch die Operation „Stahltür“ konnte der Nachschub an Militärexperten und Waffen aus dem Nachbarland gestoppt werden.

Zu einem wichtigen Schritt auf dem Weg zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation wurden die Wahlen in die Werchowna Rada sowie die Präsidentenwahl. Im Bewusstsein ihrer Verantwortung für die Zukunft des Landes konnten die wichtigsten politischen Parteien noch vor den Wahlen entscheidende Parameter künftiger Reformen vereinbaren.

Zu einem wichtigen Sieg der demokratischen Kräfte wurden der Verzicht auf die Mehrheitswahl sowie die Aufstellung der besten Fachleute auf offenen Parteilisten. Viele Politiker mussten ihre politischen Ambitionen aufgeben. Wenigstens bei zwei Parteien gab es während ihrer Parteitage eine Art ‚Umsturz‘, der es jeweils ermöglichte, ihre Parlamentslisten bei mehr als 80 Prozent der Kandidaten zu ändern. Einige aufsehenerregende Skandale unter den neuen Machthabern machten eine Wiederwahl einiger bekannter Politiker unmöglich. Zu einem wichtigen Bestandteil der Demokratie und einem Zeichen der Unumkehrbarkeit der Reformen wurde die Verabschiedung des Gesetzes „Über die Abberufung der Abgeordneten aller Ebenen und die Abberufung des Präsidenten der Ukraine“, das ein effektives Modell der Kontrolle über das Parlament und den Präsidenten seitens der Gesellschaft darstellt.

Ende November 2014 beschloss die Werchowna Rada der VIII. Legislaturperiode eine Reihe dringender rechtsgestaltender Gesetzesakte. Internationale Experten hoben die hohe Qualität des verabschiedeten Staatshaushalts der Ukraine hervor. Zum Beispiel bezeichnete Christine Lagarde, geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds, den ange-

nommenen Staatsetat als ein wichtiges Dokument für die Stabilisierung des Landes. Zum ersten Mal waren darin keine Subventionen für den Steinkohleabbau vorgesehen, außerdem fand eine Liberalisierung des Gasmarktes statt. Experten betonten, dass die neue Macht die Korruptionsrisiken minimieren konnte. Zu den besten Maßnahmen zählen das Gesetz „Über staatliche Aufkäufe“ und das neue Steuergesetz.

Natürlich gab es unter den 2015-2017 durchgeführten Reformen auch solche, die nicht funktionierten. Manche Gesetze, zum Beispiel das Gesetz „Über die staatlichen Innovationen“ oder „Über die Stabilisierung der Wechselkurse und deren Risiken“ wurden später als korruptionsbegünstigend abgeschafft. Einige Gesetzesänderungen wie die allmähliche Erhöhung des Renteneintrittsalters waren in der Bevölkerung sehr unpopulär. Doch die Reformen, die auf eine Demonopolisierung der Wirtschaft zielten, hatten deutlich mehr Erfolg. Das Reformtempo war beeindruckend. Wenn das Wachstum des BIP im Jahr 2015 noch weniger als 3 % betrug, so stieg es 2016 bereits um 18 % und 2017 um traumhafte 27 %. In weniger als drei Jahren wurde sehr viel geleistet. Hier nur einige der Reformen, die uns an diese Jahre erinnern:

Die wichtigste Reform war die administrative, die eine Dezentralisierung und eine Verschlankung des Staatsapparats sowie eine Kürzung der Ausgaben für seinen Unterhalt vorsah. Die präsidialen Administrationen wurden endlich in Exekutivkomitees umgewandelt, und die Vertreter des Präsidenten (diese Vertretung wurde praktisch zu einer Rechtsabteilung) behielten lediglich ein Kassationsrecht. Wichtige Bestandteile dieser Reform waren die Bildungsreform und die Reform des Gesundheitswesens.

Zu einem der ersten Schritte der neuen Macht wurde die Reduzierung des Staatsapparats um die Hälfte sowie die Auflösung der meisten Kontrollbehörden. Eine radikale Reduzierung der Steuerarten auf fünf sowie ihre vereinfachte Verwaltung wurden zu einem mächtigen Instrument der Förderung des wirtschaftlichen Wachstums.

Bereits im folgenden Staatshaushalt wurden staatliche Maßnahmen zur Förderung der Energieeffizienz sowohl in der Industrie als auch in kommunalen Baugesellschaften vorgesehen. Das führte zu einer Senkung der Gasimporte um ein Viertel innerhalb von nur drei Jahren. Die Inbetriebnahme von drei Schiefergasvorkommen im Jahre 2017 ermöglichte eine weitere Senkung der Gasimporte um 30 Prozent. Die kommunalen Baugesellschaften wurden privatisiert, ihre Tätigkeit wurde durch ein neues Gesetz reguliert. Vom Gesetzgeber wurde beschlossen, dass alle Mehrwertsteuereinnahmen aus den kommunalen Zahlungen für das Programm zur Erhöhung der Energieeffizienz und für die Modernisierung verwendet werden durften. Dorthin wurden auch alle ausstehenden Zahlungen aus den letzten Jahren geleitet.

Zum ersten Mal begann das Antimonopolkomitee in der Ukraine nicht im Interesse einzelner Oligarchengruppen, sondern der gesamten Wirtschaft zu arbeiten, wobei die Reformatoren der Demonopolisierung und der Deregulierung große Aufmerksamkeit schenkten. Eine Reihe von Gesetzen und Initiativen begünstigte die Entwicklung der Wirtschaft und schuf beste Voraussetzungen für in- und ausländische Investitionen. Partnerschaftliche Programme zwischen Wirtschaft und Staat ermöglichten die Anwerbung von ausländischem Kapital für die Modernisierung der Industrie. Größtes Interesse riefen im

Ausland die Initiativen der Regierung auf dem Agrarsektor hervor, insbesondere die Landreform.

Die sehr unpopuläre Rentenreform sowie die eher geglückte Reform des sozialen Schutzes minimierten die negativen Folgen von Preissteigerungen für sozial schwache Bevölkerungsschichten; durch Geldkompensation anstelle von Begünstigungen wurde ein Teil der Rentner sogar besser gestellt. Wichtige Reformen gab es im Gerichtssystem, vor allem die Einführung eines Geschworenengerichts. Außerdem wurden der Staatsdienst und die Polizei reformiert und das Gesetz „Über die Aufgaben der Polizei“ verabschiedet. Weiterhin werden die ukrainischen Streitkräfte entsprechend den NATO-Standards reformiert. Die Unumkehrbarkeit der begonnenen Reformen wird durch internationale Ratings bestätigt, in denen sich die Ukraine das dritte Jahr in Folge verbesserte.“

Ist das alles ein Märchen? Ja, es ist ein Märchen. Aber gerade dieses Märchen soll Wirklichkeit werden. Unsere Realität muss Reformen unumkehrbar machen und den Politikern folgende Instrumente sozialen Populismus' wegnehmen:

- Die Anzahl der Rentner in der Ukraine überstieg in diesem Jahr die Anzahl derer, die offiziell arbeiten und als Beitragszahler registriert sind (13,5 gegenüber 13 Millionen Menschen);
- bis zu 17 % des BIP der Ukraine werden für Energiesubventionen verwendet;
- das Defizit des staatlichen Versorgers „Naftogas“ wird auf 31,5 bis 103 Mrd. Hrywnja geschätzt.
- Die Ukraine ist das einzige postsowjetische Land, in dem das BIP pro Kopf im Jahre 2014 das Niveau von 1990 nicht

übersteigen konnte. In diesem Jahr wurden wir zum ärmsten Land Europas in Bezug auf das Prokopfeinkommen.

- Der Abnutzungsgrad der Hauptfonds der ukrainischen Wirtschaft beträgt (Stand: 2011) in verschiedenen Industriebereichen 50 Prozent (Metallurgie) bis 70 Prozent (chemische Industrie). Wenn in entwickelten Industrieländern die Hauptfonds alle 12 bis 15 Jahre völlig erneuert werden, so dauert dieser Prozess in der Ukraine 50 Jahre und mehr.

Diese Zeilen wurden zu einer Zeit geschrieben, als die wichtigsten Parameter des Staatshaushalts für das nächste Jahr bereits bekannt waren. Es fällt einem schwer, diesen Staatshaushalt als Reformhaushalt zu bezeichnen. Ich bin mir nicht sicher, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen dem Land in seinem jetzigen Zustand helfen können, denn der Versuch, alle Probleme auf Kosten der Armen zu lösen, ist zum Scheitern verurteilt. Das Problem der Ukraine besteht nicht in fehlendem Geld – das Geld wird nie reichen – und nicht nur die Korruption ist an allem Schuld.

Das Problem liegt viel tiefer in der Weltanschauung begründet! Alle politischen Kräfte versuchen seit 20 Jahren, den Staat zu entwickeln: Mit einer Konzentration der politischen Macht auf höchster Ebene, einer Vorherrschaft der Staatsorgane und einer verstärkten Zentralisierung. Diese Einstellung, bei der die Interessen des Staates im Vordergrund stehen, wird bei Auftritten vieler ukrainischer Politiker deutlich. Sie operieren mit dem Begriff „Der ukrainische Staat“ und vernachlässigen dabei den Begriff „das ukrainische Volk“. Aber man muss nicht den Staat, sondern die Gesellschaft entwickeln. Der Widerspruch

verlangt nach einem Kompromiss zwischen den Interessen des Staates und der Individuen.

Eines der wichtigsten Merkmale der Demokratie und vielleicht der wichtigste Grund für ihre Entstehung ist der Schutz des Privateigentums. Das mag seltsam klingen, aber gerade das verschafft den Menschen die Gleichheit. Dieses Gleichheitsprinzip bedeutet, dass ein Gericht den Besitzer eines kleinen Geschäftes genauso schützt wie den Eigentümer eines großen Hüttenwerks. Andernfalls würde an die Stelle eines Starken, der einem Schwachen dessen Eigentum weggenommen hat, erneut ein Stärkerer treten. Fehlende Gerechtigkeit war kein unwesentlicher Faktor beim Ausbruch des Maidan. Daraus folgt, dass der Hauptfeind der Ukraine in ihr selbst sitzt. In dieser Frage wird uns Europa nicht helfen, andererseits wird Russland uns dabei nicht stören können.

Unsere Schwäche ist aber zugleich auch unsere Stärke. Es gibt folgenden Witz: Eine Firma, die Schuhe herstellte, schickte zwei Berater nach Indien, die sich dort nach den Perspektiven für eine Schuhfabrik erkundigen sollten. Die Firma bekam von diesen Beratern zwei unterschiedliche Antworten. Die eine lautete: „Hier trägt niemand Schuhe, deswegen macht es keinen Sinn, hier eine Schuhfabrik zu bauen.“ Die andere Antwort war: „Hier trägt niemand Schuhe, deswegen sollten wir hier nicht nur eine, sondern gleich zwei Fabriken bauen.“ Genau das bedingt das Modell der Existenz der Ukraine zwischen Russland und Europa. Die Ukraine hat jetzt ihre dritte Chance bekommen. Chancen zur Veränderung bekamen auch Russland und Europa. Es hängt nun von allen Beteiligten ab, wie die europäische Geschichte in den nächsten 50 Jahren verlaufen wird.